

Staat und Meinungsfreiheit

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 9. Juli 2026, 03:08

Ob eine Meinung Millionen Menschen erreicht oder nur einen einzigen, ist für mich keine entscheidende Frage. Entscheidend ist, ob wir bereit sind, uns mit dem Gesagten ernsthaft auseinanderzusetzen und Aussagen an Fakten, Logik und Realität zu messen.



Reichweite ist kein Wahrheitskriterium. Wahrheit entsteht weder durch Zustimmung noch durch Ablehnung, sondern durch die fortwährende Prüfung im offenen Diskurs.

Eine freiheitliche Gesellschaft lebt nicht davon, ihre Bürger vor unbequemen Gedanken zu schützen. Sie lebt davon, ihnen zuzutrauen, diese Gedanken selbst einzuordnen, zu hinterfragen und gegebenenfalls zu widerlegen. Die Würde des Menschen zeigt sich auch in seiner Vernunftfähigkeit, seiner Urteilskraft und seiner Verantwortung für das eigene Denken. Wer Freiheit ernst nimmt, muss deshalb auch die Freiheit zum Irrtum akzeptieren. Denn ohne die Möglichkeit zu irren, gibt es auch keine Freiheit, Wahrheit zu erkennen.

Die Meinungsfreiheit ist deshalb nicht bloß ein individuelles Abwehrrecht gegen den Staat. Sie ist eine tragende Voraussetzung jeder demokratischen Ordnung. Der Staat schützt die Meinungsfreiheit nicht, weil jede Meinung richtig wäre, sondern weil er grundsätzlich nicht darüber entscheiden soll, welche politischen Überzeugungen wahr und welche falsch sind. Seine Aufgabe besteht darin, den freien Diskurs zu gewährleisten und nur dort Grenzen zu ziehen, wo konkrete Rechtsgüter verletzt oder die verfassungsmäßige Ordnung dies erfordert.

Gerade deshalb sehe ich jede Entwicklung kritisch, in der Meinungen zunehmend danach bewertet werden, ob sie gesellschaftlich erwünscht oder unerwünscht sind, anstatt sich mit ihrem Inhalt auseinanderzusetzen. Demokratie lebt nicht von Konformität, sondern vom Widerspruch. Fortschritt entsteht häufig gerade dadurch, dass bestehende Gewissheiten infrage gestellt werden. Eine Gesellschaft, die den Dissens verliert, verliert zugleich ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

Der mündige Bürger ist das Fundament einer freien Ordnung. Mündigkeit bedeutet, Argumente zu prüfen, Quellen kritisch zu hinterfragen und zwischen Wahrheit, Irrtum und bewusster Täuschung eigenständig unterscheiden zu können.

Wer diese Verantwortung dauerhaft an staatliche oder gesellschaftliche Instanzen delegiert, schwächt nicht nur seine eigene Freiheit, sondern auch die demokratische Kultur des offenen Streits.

Für mich gilt deshalb ein einfacher Grundsatz: Wahrheit braucht keine Zensur, sondern Bewährung. Eine Überzeugung, die nur Bestand hat, solange ihr Widerspruch unterdrückt wird, ist keine starke Überzeugung. Die Wahrheit muss den Zweifel nicht fürchten, denn sie beweist ihre Stärke gerade dadurch, dass sie Kritik standhält.

Die Freiheit des Wortes ist deshalb kein Risiko für die Demokratie,
sondern eine ihrer wichtigsten und substanziellsten Voraussetzungen.